

# Ohren zu und durch!

Von den sachlichen Argumenten für eine ausgeglichene Verkehrspolitik wollten die Vertreter der rot-grünen Wiener Stadtregierung bei einer Podiumsdiskussion des Vereins „Mein Auto“ nichts hören: Stattdessen dominierten Arroganz und Ignoranz.

Von Philipp Hayder

Das der SPÖ-Landtagsabgeordnete Siegfried Lindenmayr und der grüne Verkehrssprecher Mag. Rüdiger Maresch Anfang April eine Einladung zur Diskussion „Wiener Verkehrspolitik – Das gewollte Ende der individuellen Mobilität?“ annahmen, zeigte vor allem eines: Gastgeber Komm.-Rat Burkhard Ernst, Gremialobmann des Fahrzeughandels und Obmann von „Mein Auto“, ist über Parteigrenzen hinweg bestens vernetzt. Dialogbereitschaft brachten Lindenmayr und Maresch jedoch nicht mit: Er habe nichts gegen „viele verkaufte Autos“, so lange sie nur nicht benützt werden, sagte der rote Mandatar. Sein grüner Kollege kündigte an, Verkehrsflächen und Parkplätze weiter zu reduzieren: Derzeit würden 63 Prozent des Wiener Straßenquerschnitts für den Autoverkehr genützt, obwohl nur 27 Prozent der Wege mit dem Pkw zurückgelegt würden.

„Wir bekennen uns zur Wahlfreiheit bei der Mobilität“, hielt FPÖ-Stadtrat Anton Mahdalik den Regierungsparteien entgegen. Rot-Grün wolle „den Autofahrern das Leben vergällen“ und ignoriere die Bedürfnisse der Menschen: „Niemand setzt sich freiwillig ins Auto, steht im Stau, sucht einen Parkplatz und zahlt dann auch noch dafür.“ Manfred Juraczka von der ÖVP pflichtete ihm bei („Die Leute werden nicht mehr gefragt, über sie wird drübergefahren.“), Mag. Bettina Emmerling von den Neos irrlichterte durch ein ihr offensichtlich fremdes Thema.



**Viele Redner, wenig Übereinstimmung: die Teilnehmer an der vom Verein „Mein Auto“ organisierten Diskussion**

## Handfeste Sorgen

All das wirkte über weite Strecken wie die Persiflage einer Gemeinderatssitzung – nicht zuletzt deshalb, weil fundierte Zwischenfragen aus dem Publikum weitestgehend ignoriert wurden. Dabei wurden durch sie die Folgen der Wiener Verkehrspolitik greifbar: Unternehmer können durch das Parkpickerl ihre Autos nicht mehr abstellen, das Einbahn-Dickicht lässt Geschäfte sterben und Werkstattinhaber fürchten überhaupt um ihre Existenz.

## Politisch unterrepräsentierte Autofahrer

Sowohl Ernst als auch ÖAMTC-Verbandsdirektor DI Oliver Schmerold und ARBÖ-Generalsekretär Mag. Gerald Kumnig forderten angesichts dessen eine ideologiefreie Verkehrspolitik. Gehör fanden sie bei den Verantwortlichen keines – wohl auch deshalb, weil Verkehrsthemen in den vergangenen Jahren kaum Einfluss auf das Wahlverhalten hatten.

Dabei wären die Autofahrer, wie Kumnig es ausdrückte, als politische Gruppierung „die größte Partei Österreichs“.